

<Schulpflegschaft/Eltern der 10 Klasse der>  
<Gesamtschule>  
<Straße>  
<PLZ> <Ort>

An

<XYZ>

Landtag NRW  
Postfach 101143  
40002 Düsseldorf

Keine Zentralen Prüfungen für die Abschlüsse nach der 10. Klasse in diesem Jahr

Sehr geehrte Frau/Herr <XYZ>,

sie werden in den kommenden Wochen über den Entwurf zum Bildungssicherungsgesetz des MSB beraten und entscheiden.

**Beschließen Sie ein Bildungssicherungsgesetz das unseren Kindern faire Prüfungsbedingungen ermöglicht.**

Wir fordern Sie auf, die Zehner auch 2021 statt der ZP10 eine durch die Lehrkräfte der Schule erstellte Prüfungsarbeit schreiben zu lassen, die stärker als dies bei zentralen Prüfungen möglich ist, auf den tatsächlich erteilten Unterricht Bezug nehmen kann.

Wir Eltern beobachten mit großer Sorge wie seit fast einem Jahr sich die Umstände nachteilig auf unsere Kinder auswirken – insbesondere auf ihre Bildungs- und Zukunftschancen.

Im Besonderen sind die Schüler\*innen der 10. Klasse betroffen.

Vor allem unsere Zehner sind ein Jahrgang, der seit fast einem Jahr in nahezu jeder Hinsicht kein wirklich altersentsprechendes, gesundes Leben führen kann, für den nicht von beständiger und guter Beschulung mit dem eigentlich erwünschten Kompetenzzuwachs und Wissensaufbau geredet werden kann. Sie haben es schwer, den Erwartungen, die an Zehntklässler gestellt werden, zu entsprechen. Vor diesem Hintergrund treten unsere Jugendlichen im Frühjahr ihre Prüfungen an. Das Ergebnis dieser Prüfungen macht ganze 50% der Abschlussnoten in diesen Fächern aus. Mit ihrem Schulabschluss begeben die jungen Menschen sich dann auf die Reise in eine neue Lebensphase, in der sie auf einen pandemiebedingt angeschlagenen Arbeitsmarkt treffen, der vielen keinen leichten Start bereiten wird.

Sicher gibt es zu Pandemiezeiten viele Bereiche, wo Lehrkräfte, Schulen und das Schulministerium wenig Einfluss auf die aktuellen Bedingungen der Schüler\*innen haben, aber da, wo sie Einfluss nehmen können, erwarten wir, dass dieser zugunsten der Jugendlichen genutzt wird.

Die Zehner 2020 wurden bis Mitte März 2020 normal beschult, waren „nur“ ca. vier Wochen vom ersten Lockdown betroffen und wurden im Frühjahr bis zu ihren Prüfungen bevorzugt unterrichtet. Um den erschwerten Umständen gerecht zu werden, wurden Prüfungstermine verschoben, so dass ein wenig mehr Unterrichtszeit zur Verfügung stand. Ferner erklärte das Schulministerium im April 2020, dass es aufgrund der unterschiedlich weit gediehenen Vorbereitungen der Schülerinnen und Schüler auf eine Prüfung mit landeseinheitlich gestellten Aufgaben verzichte. An deren Stelle trat eine durch die Lehrkräfte der Schule

erstellte Prüfungsarbeit, die stärker als dies bei zentralen Prüfungen möglich ist, auf den tatsächlich erteilten Unterricht Bezug nehmen konnte.

Die Zehner 2021 haben schon jetzt wesentlich mehr schulische Einschränkungen und Nachteile erfahren als der Jahrgang zuvor. Bis zu ihren Prüfungen werden die jetzigen Zehntklässler\*innen eineinhalb Jahre hinter sich haben, die geprägt sind von Verzicht und Beschränkungen, sozialen Entbehrungen, psychischen Belastungen, keinen körperlichen Ausgleichsmöglichkeiten, diversen oft holprigen Unterrichtsmodellen, Unterrichtsausfällen und -Versäumnissen,... Sie blicken nicht auf eine beständige Regelbeschulung mit gleichen Chancen für alle Schüler\*innen in NRW zurück, was die Grundlage für Vergleichsarbeiten und zentrale Prüfungen sein muss. Dennoch hält das Ministerium für Schule und Bildung in seinem Entwurf zum Bildungssicherungsgesetz an landesweiten, zentralen Prüfungen für die Abschlüsse in der 10 Klasse in diesem Jahr fest. Dies wird massiven Einfluss auf die Abschlussnoten haben.

Wir möchten Sie auffordern, die Umstände, unter denen die aktuellen Zehner beschult wurden, angemessen zu berücksichtigen. Wir wünschen Gleichbehandlung. Wir wünschen Chancengleichheit und wir fordern für unsere Kinder faire und sichere Prüfungsbedingungen. Wir möchten unfaire Härten vermeiden.

Man kann nicht davon ausgehen, dass bis zu den Prüfungen im Frühjahr alle Zehntklässler\*innen in NRW annähernd ähnliche Voraussetzungen für eine landeseinheitliche, zentrale Prüfung mitbringen. Es wird große Unterschiede geben. Eine durch die Lehrkräfte der Schulen erstellte Prüfungsarbeit ist geboten.

Wir möchten Sie auffordern, den unterschiedlich weit gediehenen Vorbereitungen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden und auch 2021 - wie im Vorjahr - auf eine zentrale Prüfung mit landeseinheitlich gestellten Aufgaben zu verzichten.

**Beschließen Sie ein Bildungssicherungsgesetz das unseren Kindern faire Prüfungsbedingungen ermöglicht.**

Mit freundlichen Grüßen